

Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung

(Stand: 25. Mai 2018)

1. Verantwortliche Stelle

Vestische Arbeit Jobcenter Kreis Recklinghausen
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Telefon: 02361 3067-150
Telefax: 02361 3067-120
kreis@vestische-arbeit.de
www.jobcenter-kreis-recklinghausen.de

Rechtsträger des Jobcenters Kreis Recklinghausen ist der Kreis Recklinghausen. Die Kreisverwaltung Recklinghausen ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird vertreten durch den Landrat Cay Süberkrüb. Der Kreis Recklinghausen ist ein zugelassener kommunaler Träger gem. § 6a Abs. 2 SGB II.

Kreisverwaltung Recklinghausen
Der Landrat – Cay Süberkrüb
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Telefon: 02361 53-0
Telefax: 02361 53-3290
info@kreis-recklinghausen.de
www.kreis-re.de

2. Datenschutzbeauftragte

Nach Art. 37 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben Behörden bzw. öffentliche Stellen eine/n Datenschutzbeauftragte/n zu bestellen. Gemäß Art. 39 DSGVO überwacht der/die Datenschutzbeauftragte die Einhaltung der Datenschutzvorschriften der DSGVO sowie des Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW) und unterstützt die öffentliche Stelle somit bei der Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit.

Datenschutzbeauftragte des Jobcenters Kreis Recklinghausen:

- Knut Gehrmann (Datenschutzbeauftragter)
- Thorsten Rausch (stellvertretender Datenschutzbeauftragter)
- Michael Salomon (stellvertretender Datenschutzbeauftragter)

Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Kreis-Datenschutz@vestische-arbeit.de

3. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Zweck:

Aufgabenerfüllung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II)

Rechtsgrundlagen:

Artikel 6 Abs. 1 lit. c) und e) sowie Abs. 2 DSGVO i.V.m. § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und 2. Kapitel Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X)

4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Verarbeitet werden Daten, die die zur Aufgabenerfüllung nach dem SGB II erforderlich sind.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Intern:

Die Abteilungen „Leistungen“ sowie „Markt und Integration“ innerhalb der zuständigen Bezirksstelle.

Extern:

Stellen nach § 35 Abs. 1 SGB II und § 69 Abs. 2 SGB X sowie nach dem 2. Abschnitt des 2. Kapitels des SGB X berechnete Empfänger.

6. Speicherdauer der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden entsprechend der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nach Wegfall des Verarbeitungszweckes gespeichert.

7. Betroffenenrechte

- Auskunft über die gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten (Artikel 15 DSGVO)
- Berichtigung der hinterlegten personenbezogenen Daten (Artikel 16 DSGVO)
- Löschung nicht mehr benötigter personenbezogener Daten (Artikel 17 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 21 DSGVO)
- Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)
- Jederzeitiger Widerruf von erteilten Einwilligungen zur Datenverarbeitung (Artikel 7 Abs. 3 DSGVO)

Die Betroffenenrechte können bei der jeweils zuständigen Bezirksstelle des Jobcenters Kreis Recklinghausen geltend gemacht werden.

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Betroffene das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen Artikel 6 Abs. 1 lit. c) und e) sowie Abs. 2 DSGVO i.V.m. § 35 SGB I und 2. Kapitel SGB X verstößt. Beschwerden sind zu richten an die

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
<https://www.ldi.nrw.de/>

9. Information bezüglich der Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sämtliche Daten, die dem Verantwortlichen bereitgestellt werden, sind erforderlich, um die Erledigung der gesetzlichen Aufgaben durchzuführen. In jedem dieser Fälle beruht die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Betroffenen auf den gesetzlichen Vorschriften.

Die Nichtbereitstellung von erforderlichen Daten zieht im Regelfall eine Nichtgewährung der gesetzlichen Leistungen nach sich.